

Wäre Nigeria ein Nigerianer, läge es statistisch gesehen jetzt in den letzten Zügen wie jüngst sein ehemaliger Präsident Yar'Adua, der kürzlich nach monatelangem körperlichen wie politischen Siechtum verstarb.

Fünfzig Jahre soll das bevölkerungsreichste Land Afrikas am 1. Oktober werden. Eine Parade, ein Staatsbankett für Staatschefs aus aller Welt und ein Feuerwerk sind schon geplant. Viel zu feiern gibt es nicht. Fünfzig Jahre – das ist die durchschnittliche Lebenserwartung seiner Bürger, die ein recht guter summarischer Indikator für die Gesamtheit der Lebensumstände ist: Ernährung und Zugang zu sauberem Wasser, Gesundheitswesen mit Hygiene und Seuchenbekämpfung, innere Sicherheit. Knapp fünfzig Jahre alt wird hier ein Mensch im Durchschnitt – zwanzig Prozent der Neugeborenen haben nicht einmal ein Zehntel dieser bescheidenen Lebenserwartung.

Wäre er Nigerianer, wäre der Verfasser statistisch ungefähr seit zehn Jahren tot und so mancher geschätzte Leser wohl ebenso. Die Geschichte lässt dem Spätgeborenen – nicht dem zu spät Gekommenen! – vielleicht historische Gnade zuteilwerden. Gewiss aber gibt es in unserem Raum-Zeit-Kontinuum eine geografische Gnade, die Gnade der Geburt auf dem richtigen Breiten- und Längengrad.

Nicht gerade gesegnet ist auch Nigérias staatliche Existenz trotz des Ölreichthums. Sein Ende als Staat ist immer wieder von US-Sicherheitsdiensten als Möglichkeit in Szenarien eingearbeitet wor-

den. Die BBC betreibt sogar eine eigene Website zu dem Thema "Nigeria – Failed State?". Diesem Schicksal ist es gerade noch rechtzeitig zum „Demokratietag“ am 29. Mai entgangen. Elf Jahre Ende der Militärherrschaft und ebenso viele Jahre Demokratie hätte man feiern können, doch danach war so recht niemandem zumute, war doch soeben der zweite „demokratisch gewählte“ Präsident Umaru Musa Yar'Adua gestorben und hatte damit eine allmählich unerträglich werdende Phase der Stagnation und Ungewissheit beendet.

Er hatte einen guten Ruf, galt als bescheiden, nicht korrupt und tüchtig, war aber so krank, dass er bereits vor seiner Wahl totgesagt wurde. Trotz guter Ansätze und gewiss bester Absichten – zum Beispiel im Nigerdelta – konnte er aber das bevölkerungsreichste Land Afrikas mit seinen 150 Millionen Einwohnern nicht so kraftvoll und entschlossen regieren, wie dies angesichts der multidimensionalen Krise dringend nötig gewesen wäre.

Die Stagnation drohte zur staatlichen Existenzkrise zu werden, als er am 23. November 2009 das Land wieder einmal verließ, um sich in Jeddah ärztlich behandeln zu lassen, ohne sich beim Senat schriftlich krank und abwesend zu melden und damit seinem Vizepräsidenten Goodluck Jonathan die vollen Kompetenzen des Staatsoberhauptes, Regierungschefs und Oberkommandierenden der Streitkräfte zu übertragen. Hat er – vielleicht unter politischem Druck aus dem überwiegend

islamischen Norden – einem Christen aus dem Nigerdelta im Süden diese Anhäufung höchster Ämter nicht anvertrauen wollen oder dürfen?

Die Situation blieb lange in der Schwebe zwischen politischer Groteske und Schreckensszenario. Schließlich wurde, holperig gewiss, letztlich aber doch friedlich und unblutig, Vizepräsident Goodluck Jonathan neuer nigerianischer Präsident. Vor allem auch Befürchtungen eines Militäputsches dürften die Zivilpolitiker aus dem Norden zu der Einsicht gebracht haben, dass es immer noch besser ist, mit einem der Ihren vorliebzunehmen, selbst wenn er am falschen Ort geboren wurde und den falschen Gott verehrt, als es mit einem falschen jungen Leutnant oder Major von der Garde zu tun zu bekommen, der unter allgemeinem Beifall gewiss erst einmal unter den Politikern „aufräumen“ würde.

Unter Militärherrschern

Die Erinnerung an die jüngste, unbewältigte Vergangenheit ist ja noch frisch: Etwa dreißig der fünfzig Jahre Unabhängigkeit verbrachte das nach Südafrika wichtigste afrikanische Land unter den Stiefeln mehrerer Militärherrschener, deren unerfreulichster wohl General Sani Abacha gewesen ist, der der Sage nach 1998 mit einer Überdosis Viagra in den Armen zweier indischer Kurtisanen verstarb. Spötter sprechen von der Kamasutra-Revolution. Aber schon durch seinen Vorgänger, den als korrupt verschrien General Babangida, war das Militär diskreditiert. Er hatte das Land eigentlich zurück auf den Weg zur Demokratie bringen wollen und 1993 Wahlen durchgeführt, die immer noch als die bisher freisten und fairen Wahlen gelten. Er annullierte sie dann jedoch, General Abacha putschte sich an die Macht, der um seinen Triumph gebrachte Wahlsieger Abiola starb.

Demokratisierung war unvermeidlich, auch wenn man sich nicht wirklich auf freie Wahlen verlassen mochte. Der ehemalige General und Militärherrschener Obasanjo wurde ausersehen, die Wahlen von 1999 zu gewinnen und den Neubeginn des demokratischen Zeitalters einzuläuten.

„Essen“ aus öffentlichen Ämtern

Obasanjo ist ethnisch Yoruba, also aus dem Süden, und wiedergeborener Christ. Seine Wahl sollte dem überwiegend christlichen Süden das Gefühl geben, nicht ständig von Moslems aus dem Norden beherrscht zu werden, wo doch der weitaus größte Teil des Sozialproduktes im Süden erwirtschaftet wird. Nach Obasanjo sollte dann wieder der Norden an der Reihe sein „zu essen“, wie die Bezeichnung aus öffentlichen Ämtern hier heißt. Insgesamt sind wohl zwischen fünfhundert und tausend Milliarden(!) Dollar von Politikern, Beamten, in- und ausländischen Geschäftsleuten und anderen „verfrühstückt“ worden. Ein ehemaliger Gouverneur zum Beispiel ließ in Abuja offenbar das Weiße Haus nachbauen, ein Privathaus in der Nähe soll sechzig Millionen Dollar, jedes seiner zahlreichen Badezimmer samt Marmor aus Italien und vergoldeten Wasserhähnen circa 500 000 Dollar gekostet haben. Da der Eigentümer sich meist in Lagos aufhält, hat er dort ein entsprechendes Zweithaus.

Die nigerianischen Ethnien, von denen es über zweihundert kleinere und drei große (Hausa-Fulani im Norden, Yoruba im Südwesten, Ibo im Südosten) gibt, trauen einander nicht recht über den Weg. So beschloss die dominierende Partei PDP das „Zoning“ des Präsidentenamtes, eine Rotation zwischen Norden und Süden. Der Vizepräsident soll aus der Region und Religion kommen, die gerade nicht den Präsidenten stellt. Mit dieser extra-konstitutionellen sowie einigen

Der kürzlich verstorbene nigerianische Präsident Umaru Yar'Adua am 27. Januar 2007, hier noch als Gouverneur des nigerianischen Bundesstaates Katsina.

© picture-alliance/dpa, Foto: epa Onome Oghene



in der Verfassung vorgegebenen geografischen Wahlquoten soll eine einseitige und dauerhafte ethno-religiöse Dominanz verhindert werden. Im Sinne von *limited government*, einer Kernkomponente rechtsstaatlicher Demokratie, ist das durchaus bedenkenswert: Nicht nur Umfang und zeitliche Dauer der Macht werden beschränkt, sondern auch die ethno-geografische Herkunft der Machthaber und ihrer Camarilla. Der reinen Lehre der Meritokratie entspricht dies natürlich nicht, aber wo in der realen Welt ist diese schon verwirklicht?

Durchsetzung der Scharia?

Ethische Zugehörigkeit, die sich überwiegend mit geografischer Herkunft und Religionszugehörigkeit deckt, ist also eine der tiefen Konfliktursachen der sozio-politischen Gemengelage Nigerias. Verschärft wird der latent immer präsente und durch Nichtigkeiten leicht entzündbare Konflikt durch ökonomische Rivalitäten um Ressourcen aller Art. Im konfliktreichen Bundesstaat Plateau etwa ringen „Eingeborene“ mit „Zugereisten“

um Land, Ämter, Hochschulplätze et cetera. Die dort immer wieder aufflammenden gewalttamen Auseinandersetzungen mögen aus der Ferne wie religiöse Konflikte erscheinen und wurden offenbar schon von Christen in Europa zum Anlass genommen, eine mehr oder weniger gewaltsame Islamisierung zu befürchten. Natürlich ist seit spätestens den Neunzigerjahren weltweit ein Wiedererstarken des Islam festzustellen, das gilt auch für Nigeria. Um theologische Fragen wie etwa die Unbefleckte Empfängnis oder um den Bart des Propheten geht es hier dabei aber nicht.

Natürlich versuchen einige Islamisten, landesweit das Scharia-Recht durchzusetzen, das in zwölf Bundesstaaten gilt. Die im Westen mit Scharia meist allein assoziierten schweren Körperstrafen werden hier aber nicht vollzogen. Das islamische Personenstands- und Familienrecht gestattet aber durchaus die Mehrehe. Ein für seine islamistische Grundhaltung bekannter ehemaliger Gouverneur polarisierte das Land soeben, indem er ein dreizehnjähriges Mädchen aus Ägypten hei-

ratete und den Eltern dafür 100 000 Dollar bezahlt haben soll. Im post-pharaonischen Ägypten ist die Heirat von Kindern natürlich genauso verboten wie in Nigeria. Der Gouverneur wurde des Menschenhandels beschuldigt und löste damit eine Welle der Solidarisierung vieler Moslems einschließlich Frauen aus. Sie solidarisierten sich nicht etwa mit dem Mädchen, sondern mit dem Gouverneur.

Der Koran verbiete die Heirat von Minderjährigen nicht, daher sei sie sein gutes Recht, und das zu bestreiten sei ein Angriff böser Kräfte auf den Islam. Aber selbst wenn der Islam die Heirat von Minderjährigen nicht verbietet, so gebietet er sie doch keineswegs, überlässt die Entscheidung also dem individuellen Gewissen. Auf den Gedanken, dass man auf die Ausübung eines (wirklichen oder vermeintlichen) Rechtes aus humanitären Gründen auch einmal verzichten könnte, ist hier in der Diskussion niemand gekommen. Dieser Fall ist nicht nur wegen seiner zynischen Haltung gegenüber jungen Mädchen signifikant. Hier soll wohl ganz bewusst die Herausforderung der säkularen Rechtsordnung Nigerias durch die Scharia gepröbt werden, nachdem der Versuch der Sekte „Boko Haram“ (etwa: „Westliche Bildung ist religiös verboten“), diese auf Nigeria auszudehnen, in einem völlig unsinnigen Aufstand im Sommer 2009 gescheitert ist, der tausend Menschen das Leben gekostet haben dürfte. Die weitaus größte Mehrheit der nigerianischen Moslems ist aber wie die weitaus größte Mehrheit der Moslems in aller Welt friedliebend und an einer Verbesserung ihrer Lebensumstände interessiert. Dies macht eine Radikalisierung mit einer Machtübernahme durch Islamisten recht unwahrscheinlich, aber nicht ganz unmöglich.

Multiplizierung der Bundesstaaten

Das wirft die Frage auf, was das Land eigentlich „im Innersten zusammenhält“.

Nach dem bislang einzigen Versuch, das Land durch Abspaltung extern aufzuteilen, als die Ibos sich unter dem Namen Biafra selbstständig machen wollten und damit einen der grausameren afrikanischen Konflikte mit einer Million Toten auslösten, zieht man die Aufspaltung durch interne Teilung vor. Anstatt sich in mehrere souveräne Staaten aufzulösen, hat sich durch ausufernde Föderalisierung ein multizelluläres Gebilde entwickelt: die Bundesrepublik Nigeria mit nunmehr sechsunddreißig Bundesstaaten. Jüngste Initiativen fordern fünfundzwanzig weitere Bundesstaaten. Bei der Unabhängigkeit waren es nur drei. Hier eine positive Entwicklung zu Bürger Nähe und Dezentralisierung zu sehen wäre aber voreilig. Der Einfluss der Bundesstaaten auf die Bundesregierung ist vielmehr verwässert worden. Vor allem wurde die Zahl der verteilbaren Pöstchen für Gouverneur oder Landtagsabgeordnete multipliziert. Vom großen Tisch Nigeria können nun mehr „essen“.

Dies könnte sogar den Fortbestand Nigerias fördern: Die Bundesstaaten sind viel zu schwach, um sich ohne ausländische Unterstützung selbstständig zu machen. Dies gilt auch für das ebenso öl- wie konfliktreiche Nigerdelta, dessen Bevölkerung die Lasten der Ölförderung zu tragen hat, ohne daran angemessen zu partizipieren. Der tiefste Grund für den Fortbestand Nigerias dürfte also sein, dass die Kosten der Trennung aus Sicht der entscheidenden Akteure die Kosten des Zusammenbleibens überwiegen. Zu viele haben jedenfalls etwas zu verlieren, während die Chancen, alles zu gewinnen, denkbar gering sind. Politische Trägheit statt Kernspaltung dürfte daher auch weiterhin die nähere Zukunft Nigerias bestimmen. Good luck, Jonathan! Happy birthday, Nigeria!